

Dringlichkeitsantrag zur Vollversammlung am 28.07.2021



Herrn Oberbürgermeister Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

München, 26.07.2021

Resolution gegen Gewalt im Wahlkampf

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Münchner Stadtrat sendet ein deutliches Zeichen gegen jegliche Form von Gewalt im Bundestagswahlkampf und bekennt sich zum friedlichen und fairen Wettstreit zwischen den zur Wahl stehenden Parteien.

Gewaltsame Übergriffe gegen Wahlkämpfer, deren Infostände und sonstige Veranstaltungen sind, bei aller inhaltlichen Härte in der politischen Auseinandersetzung, nicht mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vereinbar und deshalb entschieden zu verurteilen.

Begründung:

In den vergangenen Wochen kam es wiederholt zu Attacken und Aggressionen gegen Infostände der Alternative für Deutschland in der Landeshauptstadt. Wahlkämpfer wurden von Gruppen selbsternannter „Antifaschisten“ bedrängt, Stände verwüstet, Wahlkampfmaterial beschädigt, gestohlen und Widerstand gegen Polizeibeamte geübt. Beispielhaft und nicht abschließend hierfür sei auf folgende Infostände verwiesen: Wettersteinplatz am 19.06.2021, Gardinistraße am 10.07.2021 oder Fürstenrieder Straße am 24.07.2021. Damit setzt sich ein langjähriger Trend fort, der schon im vergangenen Kommunalwahlkampf immer weiter eskalierte (exemplarisches Video hierzu: <https://www.youtube.com/watch?v=a1i6Zw7J3Sk>). In der aktuellen Lage ist die Durchführung von Infoständen deshalb nur noch unter Polizeischutz möglich.

Es steht außer Frage, dass jeder politische Wettbewerber Kritik und mitunter, auch Ablehnung und Protest hinnehmen muss. Eine rote Linie muss jedoch dort gezogen werden, wo Parteien in eklatanter und mitunter eben auch gewalttätiger Art und Weise, an der Ausübung ihrer durch die Verfassung auferlegten Kernaufgaben, insbesondere an der Willensbildung des Volkes mitzuwirken, gehindert werden sollen.

Bei allen politischen Differenzen auch hier im Münchner Stadtrat, sollte darüber Einigkeit bestehen, dass Gewalt im Wahlkampf nichts verloren hat, egal aus welcher politischen Richtung sie kommt und gegen wen sie sich richtet. Mit Blick auf die naturgemäß zunehmende Politisierung auf den Wahltag hin und die damit auch potenziell steigende Aggressivität, erscheint es deshalb angebracht, jetzt ein gemeinsames Zeichen für einen friedlichen und fairen Bundestagswahlkampf zu setzen.

Initiative:

Iris Wassill
ea. Stadträtin

Markus Walbrunn
ea. Stadtrat

Daniel Stanke
ea. Stadtrat